

LAND TAGS KURIER



Seite 14:
Ausschüsse befragen
Sachkundige zum
Haushaltentwurf



Seite 20:
Neue Beauftragte für
Aufarbeitung der
SED-Diktatur gewählt



Seite 21:
Lernangebot
»Virtueller Landtagskoffer«
geht online

Ausgabe
2.21



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

für einen Moment war es am 3. März im Sächsischen Landtag ganz still. Statt der sonst üblichen politischen Auseinandersetzungen hielten die Abgeordneten aller Fraktionen für einen Moment inne und erhoben sich von ihren Plätzen. Den Anfang der 24. Plenarsitzung markierte eine Schweigeminute für die Opfer der Corona-Pandemie. Mehr als 210 000 Menschen in Sachsen haben sich nachweislich mit dem Virus infiziert, über 8 400 Menschen sind an oder mit einer Infektion gestorben. Jeder einzelne Fall ist ein persönliches Schicksal, das mir sehr nahegeht. Einen Moment des Innehaltens und der Anteilnahme finde ich daher wichtig und notwendig. Am Karsamstag nahm ich deshalb an der Gedenkveranstaltung der beiden christlichen Kirchen in Dresden teil. Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den Kernaufgaben unserer Demokratie und muss auch weiterhin Ziel aller Anstrengungen bleiben.

Für die Überwindung der Pandemie sind neben den schmerzhaften Beschränkungen vor allem das Testen und Impfen entscheidend. Ich finde es ausgesprochen ermutigend, dass die Immunisierung der besonders gefährdeten Personen mittlerweile ihre erste Wirkung zeigt. Die Todeszahlen sind gesunken. Zusätzlich muss es gelingen, möglichst zügig den größten Teil unserer Bevölkerung zu immunisieren. Jeder kann dazu beitragen und die »Ärmel hochkrepeln«. Es ist eine echte Gemeinschaftsaufgabe.

Jenseits des Innehaltens ist gegenwärtig nicht zu übersehen, dass der Motor des Landtags mit hoher Drehzahl läuft. Im März tagte das Plenum in zwei Sondersitzungen, zahlreiche Ausschüsse hielten außerplanmäßige Zusammenkünfte ab. Hinzu kommen die laufenden Haushaltsverhandlungen, die den Abgeordneten und Fraktionen viel abverlangen. Über all diese Facetten der parlamentarischen Arbeit lesen Sie im neuen Landtagskurier.

»Ein jegliches hat seine Zeit«, heißt es in der Bibel. Dazu gehört das aufrichtige Gedenken genauso wie das mutige Anpacken. In der gegenwärtigen Situation finde ich diesen Ratschlag besonders treffend. Er hält uns in einer produktiven Spannung aus Reflexion und Zuversicht.

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

24. Sitzung des Sächsischen Landtags Leben ohne Lockdown AfD-Fraktion fordert mit Antrag ein Ende der Corona-Schutzmaßnahmen.....	4
25. Sitzung des Sächsischen Landtags Öffentliches Leben weiterhin stark eingeschränkt Fraktionen debattieren über das Vorgehen in der Corona-Pandemie	6
25. Sitzung des Sächsischen Landtags Ein Herz für das Ehrenamt SPD-Fraktion will Förderung des freiwilligen Engagements weiter ausbauen.....	7
25. Sitzung des Sächsischen Landtags Landwirtschaft am Scheideweg CDU-Fraktion sieht sächsische Interessen in der europäischen Agrarpolitik gefährdet.....	8
26. Sitzung des Sächsischen Landtags Keine Meinungsfreiheit ohne Widerspruch Landtagsabgeordnete diskutieren lebhaft die Freiheit der Meinung	9
26. Sitzung des Sächsischen Landtags Eine Frage der Menschlichkeit DIE LINKE setzt sich für einen befristeten Abschiebestopp ein.....	10
26. Sitzung des Sächsischen Landtags Keine Rolle rückwärts BÜNDNISGRÜNE wollen Gleichberechtigung stärken.....	11
27. Sitzung des Sächsischen Landtags Verlässlichkeit für die Kommunen Landtag beschließt Reform der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen	12

PARLAMENT

Elf Stunden Anhörung für 43 Milliarden Euro Ausschüsse beraten den aktuellen Haushaltsentwurf.....	14
Das Parlament in der »Stunde der Exekutive« Die Mitwirkung des Landtags an den Corona-Schutzmaßnahmen	16
Laufende Gesetzgebung	18

AKTUELLES

30 Jahre Sächsischer Landtag	19
Neue Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Nancy Aris übernimmt ab 1. Mai 2021 die Behördenleitung.....	20
Ich packe meinen Koffer ... Virtuelle Themenpakete führen Schüler und Lehrer auf eine Reise durch den Landtag.....	21

GESCHICHTE

Vom Palais Brühl zum Sächsischen Ständehaus Teil 4: Der Abriss und Verbleib des Palais Brühl.....	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

// Titel: Blick von der Brühlschen Terrasse über die Abbruchstelle in Richtung Schloss und Hofkirche, 1901 // Städtische Galerie Dresden – Kunstsammlung, Museen der Stadt Dresden (siehe Artikel auf den Seiten 22 – 23)

Lockdownende, Ehrenamt, Cancel Culture, Finanzausgleichsgesetz

// Abgeordnete stimmen über das Finanzausgleichsgesetz ab. // Foto: M. Rietschel

// Am 3. März 2021 debattierte der Sächsische Landtag in seiner 24. Sitzung über die Corona-Politik der Staatsregierung. Die Pandemie war auch ein Thema in der 25. und 26. Landtagssitzung. Die Abgeordneten befassten sich außerdem mit dem ehrenamtlichen Engagement, der europäischen Landwirtschaftspolitik, der Meinungsfreiheit, der Asylpolitik sowie der Gleichstellung von Frauen. Die 27. Sitzung des Sächsischen Landtags am 31. März widmete sich den Finanzbeziehungen von Land und Kommunen. //

24. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Christian Hartmann



// Jörg Urban



// Rico Gebhardt



// Franziska Schubert



// Frank Richter // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Leben ohne Lockdown

AfD-Fraktion fordert mit Antrag ein Ende der Corona-Schutzmaßnahmen

// Am 3. März 2021 kam der Sächsische Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel »Endlos-Lockdown beenden – Bürgern und Unternehmen eine klare Perspektive bieten«. In seinen einleitenden Worten erinnerte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner an die mehr als 8 400 Menschen, die in Sachsen bisher an oder mit Covid-19 gestorben sind. Die Abgeordneten erhoben sich daraufhin zu einer Schweigeminute. //

Staatsregierung: Lockerungen nur mit Vorsicht

Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, forderte in seiner Rede ein starkes Signal des Sächsischen Landtags, dass die Pandemie noch nicht zu Ende sei. Man müsse in den kommenden Wochen diszipliniert bleiben. Die Lockerungen dürften nicht das zunichtemachen, was man in den vergangenen zwei Monaten unter extremen Belastungen erreicht habe. Zudem verbreite sich

gegenwärtig die britische Mutante, die um bis zu 50 Prozent ansteckender sei als das ursprüngliche Virus. Der Ministerpräsident verwies aber auch darauf, dass es Anlass zur Hoffnung gebe. Mit dem Beginn des Frühlings und zunehmend besseren Wetters würden auch die Infektionszahlen sinken. Man habe in den vergangenen Monaten zudem die örtlichen Gesundheitsdienste gestärkt und erhoffe sich Rückenwind durch eine steigende Zahl von Impfungen. Schließlich böten die zunehmend verfügbaren

Schnelltests die Chance, wieder mehr sichere Kontakte zu ermöglichen.

AfD: Kaum Einfluss auf Infektionsgeschehen

Jörg Urban, AfD, zeichnete dagegen ein vollkommen anderes Bild. Er verlangte, den Lockdown von Wirtschaft und Bildung umgehend zu beenden sowie die Grundrechte wiederherzustellen. Urban forderte die Staatsregierung auf, Kritiker nicht verbal als »Verschwörungstheoretiker«

oder »Corona-Leugner« auszugrenzen. Demografiebereinigt gebe es in Deutschland keine Übersterblichkeit, auch die Intensivmedizin sei bisher zu keinem Zeitpunkt überlastet gewesen. Die Corona-Maßnahmen hätten keinen signifikanten Einfluss auf das Infektionsgeschehen gehabt, sie zerstörten im Gegenteil berufliche Existenzen, die Schulbildung sowie die psychische Gesundheit vieler Bürger. Sechs von zehn Betrieben im Hotel- und Gaststättengewerbe stünden vor der Insolvenz, die Auszahlung

von Hilfgeldern gehe weiter nur schleppend voran. Die Corona-Lage solle daher neu bewertet werden und nicht allein vom Inzidenzwert abhängen.

CDU: Grenzsicherungen waren schwere Entscheidung

Die schwierige Situation, in der sich das Land befinde, liege nicht an der Politik, sondern allein an dem mutierten Virus, entgegnete Christian Hartmann, CDU. Die AfD potenziere die Ängste und Sorgen der Menschen, bleibe aber Antworten schuldig. Die aktuelle Situation in Sachsen sei zwar besser geworden, aber angesichts der Entwicklung in Tschechien müsse man vorsichtig bleiben. Die Grenzsicherungen seien eine richtige, wenn auch schwierige Entscheidung gewesen. Sie hätten insbesondere Unternehmen, soziale Einrichtungen und Krankenhäuser in den Grenzregionen getroffen. Nun hoffe man darauf, dass sich die Lage bald wieder normalisiere. Bei den Wirtschaftshilfen des Bun-

des kritisierte der CDU-Fraktionsvorsitzende, dass diese viel zu lange gebraucht hätten. Die Politik verspiele Glaubwürdigkeit, wenn Ankündigungen und ihre tatsächliche Umsetzung nicht im Einklang stünden.

LINKE: Koalition ist sich nicht einig

Rico Gebhardt, DIE LINKE, warf in seiner Rede der Staatsregierung Uneinigkeit und Wankelmütigkeit vor. So habe Staatsminister Piwarz erst angekündigt, die Winterferien streichen zu wollen. Tage später taten dann die Koalitionspartner BÜNDNISGRÜNE und SPD kund, dies verhindert zu haben. In einem anderen Fall habe Piwarz erklärt, dass gerade die ganz kleinen Kinder nicht das Problem beim Pandemiegeschehen seien. Wenn diese Gruppe aber keine Infektionstreiber seien, warum sollten dann Grundschullehrer und neuerdings alle Lehrer bevorzugt geimpft werden, fragte Gebhardt kritisch. Das Beispiel zeige, dass die Argumentation des Ministers nicht stimme.

Differenzen in der Regierung habe es auch an anderer Stelle gegeben. So habe Staatsministerin Köpping ein Gesundheitsnotstandsgesetz angekündigt. Wenig später sei die Koalition jedoch zurückgerudert und habe verlautbart, dass man sich dabei noch uneins sei.

BÜNDNISGRÜNE: Sorge vor Kontrollverlust

Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, setzte sich vor allem inhaltlich mit dem Antrag der AfD-Fraktion auseinander. Dieser spreche von dauerhaft geöffneten Schulen und Kitas, einer florierenden Wirtschaft und ungehinderter gesellschaftlicher Teilhabe. Die Begründung dafür sei beim genaueren Hinschauen jedoch überaus wacklig. Sie stütze sich nämlich unter anderem auf eine Studie, die einen Lockdown grundlegend für richtig und geboten erachte. Die Folge einer vollständigen Lockerung wäre hingegen ein Kontrollverlust, der zu einem ständigen Öffnen und Schließen führen würde. Es dürfe nicht wieder zu einer Situation wie damals in Zittau kommen, als man kurz vor der Triage gestanden habe. Die Krematorien hätten in dieser Zeit an ihrer Belastungsgrenze gearbeitet. Dennoch müsse man auch über das Thema Öffnungen sprechen. Dazu zähle der Ansatz, dass ein sicherer Schul- und Kitabetrieb wichtiger sei als offene Baumärkte.

SPD: Hoffnung auf moralische Substanz in der Krise

Dem Antrag liege ein eigenartiges Politikverständnis zugrunde, befand Frank Richter, SPD. Politik basiere zwar auf Erkenntnissen der Wissenschaft, aber sie bestätige diese nicht. Seine Fraktion lehne die geforderten Öffnungen in fast allen Fällen

SONDERSITZUNGEN IN DER 7. WAHLPERIODE

(Stand: 31. März 2021)

31. März 2021

Beschluss über ein Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen, CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD

3. März 2021

Antrag auf Ende der Corona-Maßnahmen, AfD

19. November 2020

Antrag auf Ablehnung des Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage, AfD

9. April 2020

Antrag auf Feststellung der »außergewöhnlichen Not-situation« nach Artikel 95 der sächsischen Landesverfassung, CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD

15. November 2019

Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission zum Thema ländlicher Raum, AfD

ab, da sie unverantwortlich seien. Die aufgetretenen Virus-Varianten würden geradezu eine andere Bewertung der Lage erzwingen. Richter regte in seiner Rede vor allem dazu an, für einen Moment den vorhandenen Tunnelblick aufzubrechen. Er frage sich, wie Historiker in zehn Jahren auf diese Menschheitskrise blicken würden. Man werde dann hoffentlich sagen, dass die Gesellschaft so stark war, das Virus effektiv zu bekämpfen. Vielleicht stelle man dann sogar fest, dass die Gesellschaft auch die moralische Substanz und politische Klugheit besessen habe, zu begreifen, dass man in einer Phase der Menschheitsgeschichte stehe, in der man endlich Frieden mit der Natur schließen müsse.



»In einer Zeit steigender Inzidenzen in Größenordnungen Lockerungen vorzunehmen, wäre extrem fahrlässig.«

24. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Michael Kretschmer

Dr. Thomas Schubert

25. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Staatsministerin Petra Köpping //
Foto: S. Floss

Öffentliches Leben weiterhin stark eingeschränkt

Fraktionen debattieren über das Vorgehen in der Corona-Pandemie

// Die 25. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 24. März 2021 hatte als zweiten Tagesordnungspunkt den Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie zum Gegenstand. Geprägt war die Debatte u. a. von Fragen nach Erfolgen, Kritik und Perspektiven in der Pandemie. //

Gesellschaft. Es sei daher auch Aufgabe des Landtags, jene zu stärken, die sich an die Regeln hielten. Er empfehle daher in Sachsen unverändert einen Runden Tisch zur Bewältigung der Coronakrise.

Handeln und Irrtum

Sachsen habe nach wie vor sehr hohe Infektionszahlen, leitete Sozialministerin Petra Köpping, SPD, ein. Zudem belegten wieder zunehmend Corona-Patienten die Intensivstationen in den Krankenhäusern. Ursächlich dafür seien die Virusmutationen. Parallel würde in Sachsen die Impf- und Testkapazität gesteigert. Staatsministerin Barbara Klepsch, CDU, betonte, wie hart die Folgen der Pandemie für die Bereiche Kultur und Tourismus seien. Der Freistaat unterstütze hier nach Kräften, so seien im künftigen Landeshaushalt allein 27,4 Millionen Euro für den Tourismus veranschlagt.

Die Corona-Politik der Bundesregierung und der sächsischen Landesregierung sei von Irrtümern und Unfähigkeit geprägt, kritisierte Jörg Urban, AfD. Die Lockdown-Politik des vergangenen Jahres habe gigantische Schäden angerichtet, ohne dass sie einen quantifizierbaren Nutzen gehabt hätte. Alle verkündeten Horrorszenarien seien nicht eingetreten. Doch anstatt dass die Regierung ihre Maßnahmen

hinterfrage und zur Vernunft zurückkehre, halte sie weiter an Grundrechtseinschränkungen fest.

Dritte Welle brechen

Man befinde sich zurzeit in der schwersten Phase dieser weltweiten Pandemie, so Alexander Dierks, CDU. Es sei eine Naturkatastrophe, der man jeden Tag neu begegnen müsse. Es gebe da keinen Königsweg. Die oberste Priorität in der Pandemiebekämpfung sei es, dass möglichst wenige Menschen an Corona sterben und jeder Erkrankte auf höchstem medizinischen Niveau behandelt werde. In Deutschland müsse man daher die dritte Infektionswelle unbedingt brechen.

Man erlebe im Kontext der Corona-Pandemie viele unerfüllte Ankündigungen und Versprechungen, hob Rico Gebhardt, DIE LINKE, an. Die Menschen spürten, dass etwa im Bereich der Digitalisierung oder staatlichen Fürsorge Mängel aufträten. Gleichzeitig verschärfe die Pandemie die Spaltung der

Perspektiven geben

Die Pandemie sei eine Naturkatastrophe, betonte auch Kathleen Kuhfuß, BÜNDNIS-GRÜNE, der man selbst nach einem Jahr Dauer weithin machtlos gegenüberstehe. Die Menschen seien erschöpft und bräuchten Perspektiven, die zahlreichen Nebenwirkungen der ergriffenen Maßnahmen würden immer spürbarer, die vom Bund beschlossenen Hilfgelder flössen zu langsam. Es sei in Sachsen nötig, die Maßnahmen besser zu koordinieren und mit mehr Weitblick zu handeln.

Für die SPD-Fraktion sprach Frank Richter zum Thema Kunst und Kultur in der Pandemie. Viele Künstler und Kulturschaffende seien in Existenznot. Er ermutige deshalb die Staatsregierung, Lösungen zu schaffen und dringend benötigte Hilfgelder freizugeben. Ferner erfordere die Pandemie ein Nachdenken über unsere Art des Zusammenlebens und Arbeitens. Man benötige eine Debatte in der Gesellschaft, wie man künftig widerstandsfähiger gegen Krisen werden könne.

// Das Thema »Von Mensch zu Mensch: Das Ehrenamt stärken, den sozialen Zusammenhalt fördern« stand auf der Tagesordnung der 25. Sitzung des Sächsischen Landtags. Beantragt hatte es die SPD-Fraktion. //

25. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Simone Lang // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Ein Herz für das Ehrenamt

SPD-Fraktion will Förderung des freiwilligen Engagements weiter ausbauen

Förderung zeigt Erfolge

Menschen, die sich tagtäglich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, bräuchten mehr Unterstützung, forderte Simone Lang, SPD. Man werde daher zukünftig die Aus- und Weiterbildung von Jugendleitern beitragsfrei ermöglichen. Ehrenamtsprogramme müssten im kommenden Doppelhaushalt abgesichert werden, Kürzung werde man nicht hinnehmen. Bei der Bürokratie müssten Aufwand und Nutzen im richtigen Verhältnis stehen, digitale Strukturen sollten gestärkt werden.

Kay Ritter, CDU, zitierte eine größere Umfrage, nach der die Zahl der Ehrenamtlichen in den vergangenen 20 Jahren kontinuierlich gestiegen sei. Zudem verzeichne man erstmals keinen Unterschied im Engagement von Frauen und Männern. Es sei ein großer Erfolg, dass die Förderung des Ehrenamts in Sachsen im Umfang von 11 Millionen Euro fortgeführt werde. Davon profitierten am stärksten die Bereiche Kultur und Sport sowie Vereine im Freizeitbereich.

Ehrenamtszuschale erhöhen

Doreen Schwietzer, AfD, kritisierte die vom Freistaat Sachsen gegründete Ehrenamtsagentur. Diese löse gewachsene Strukturen

auf, zentralisiere die Vereinsarbeit und schwäche damit die Individualität der Vereine. Um das Ehrenamt zu stärken, sollte man in erster Linie die Ehrenamtszuschale erhöhen. Diese hänge seit Jahren hinterher. Weiterhin müssten die Rahmenbedingungen der Vereinsarbeit, insbesondere der Bürokratieabbau, in den Fokus der Staatsregie rücken.

Die Entwicklung der Zahlen zum Ehrenamt liefere überhaupt keinen Grund zum Feiern, so Susanne Schaper, DIE LINKE. So seien Gelder zur Teilhabe älterer Menschen oder zur Stärkung ehrenamtlicher Strukturen in den Kommunen gekürzt worden. Für Tierheime und die Tafeln, die aufgrund der Corona-Pandemie in einer schwierigen Situation seien, gebe es ebenfalls keine höhere Unterstützung. Gespart werden dürfe zukünftig auch bei den freiwilligen Feuerwehren nicht.

Bürgerbeteiligung stärken

Der Haushaltsentwurf zeige, dass die Koalition zivilgesellschaftliches Engagement gemeinsam mit mehr Bürgerbeteiligung in Sachsen fördern wolle, hob Ines Kummer, BÜNDNISGRÜNE, hervor. Dazu gehöre beispielsweise das Programm »Orte der Demokratie«. Beim Freiwilligendienst wolle man

ebenfalls zusätzliche Stellen ermöglichen. Junge Menschen leisteten damit einen Beitrag zum Gemeinwohl. Er sei außerdem eine Chance, sie für Berufe zu begeistern, in denen Fachkräfte fehlten.

Ehrenamtliche hätten während der Pandemie unglaublich fleißig geholfen, unterstrich Sozialministerin Petra Köpping, SPD. In Sachsen erhielten 22.000 Menschen eine Ehrenamtszuschale. Man könne mehr tun, müsse aber auch darauf achten, wie und wo man in diesen Zeiten Geld ausbebe. Ein Erfolg sei vor allem, dass nicht gekürzt werde. Die Kritik an der Ehrenamtsagentur wies Köpping zurück. Diese helfe vor allem kleinen Vereinen bei der Gründung und in Fördermittelfragen.

Gedenken an Heinz-Dieter Tempel

Am 19. Februar 2021 verstarb der ehemalige Landtagsabgeordnete Heinz-Dieter Tempel. Er gehörte von 1990 bis 1994 der SPD-Fraktion an und war stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen sowie Mitglied des Petitionsausschusses.



// Georg-Ludwig von Breitenbuch, Jörg Dornau, Antonia Mertsching, Volkmär Zschocke, Volkmär Winkler, Wolfram Günther // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Landwirtschaft am Scheideweg

CDU-Fraktion sieht sächsische Interessen in der europäischen Agrarpolitik gefährdet

// Eine Aktuelle Debatte der 25. Sitzung des Sächsischen Landtags am 24. März 2021 befasste sich mit dem Thema: »Ausgestaltung der GAP-Reform nach 2023 – die Interessen der sächsischen Landwirtschaft sichern«. Der Antrag stammte von der CDU-Fraktion. //

Wettbewerbsfähige Landwirtschaft bewahren

Derzeit liefen Verhandlungen, um die nächste Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu entwickeln, tat Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU, kund. Die ländlichen Räume und ihre Betriebe sowie generell die Interessen der sächsischen Landwirtschaft sollten dabei im Mittelpunkt stehen. Bei den Verhandlungen gehe es im Kern darum, ob die moderne, wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Sachsen bestehen bleibe oder geschwächt werde.

Von jedem Euro, den Deutschland nach Brüssel zahle, erhalte es nur 44 Cent zurück, rechnete Jörg Dornau, AfD, vor. Bei der GAP sehe es kaum besser aus. Man solle daher die Verantwortung für die heimische Landwirtschaft wieder selbst in die Hand nehmen, anstatt bei der Finanzierung den Umweg über die EU zu gehen. Auf europäischer Ebene konnte man sich auch in der 46. Verhandlung nicht auf eine neue Förderperiode verständigen. Das sei unverantwortlich.

Flächenprämien allein nicht zielführend

In Sachsen habe man 30 Jahre lang die Interessen der konventionellen Landwirtschaft vertreten, so Antonia Mertsching, DIE LINKE. Seit der Wiedervereinigung habe ein starker Konzentrationsprozess stattgefunden. Im Getreideanbau bewirtschafteten heute 1000 Betriebe weniger die gleiche Flächengröße wie noch 1995. Den Wettbewerb könne man aber auch anders organisieren, etwa durch Bindung der Fördergelder an sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze oder faire Preise.

Volkmär Zschocke, BÜNDNISGRÜNE, verwies in seiner Rede auf den Klimawandel, das Artensterben und die Flächenversiegelungen. Das alte System der flächenbezogenen Direktzahlungen werde diesen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Die Landwirtschaft könne dennoch ein Teil der Lösung sein. Je mehr Zahlungen an Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen geknüpft würden, desto mehr werde dies auch dem Einsatz der sächsischen Betriebe für Umweltziele gerecht.

Keine Umverteilung von Ost nach West

Auch innerhalb Sachsens gingen die Vorstellungen der zukünftigen Agrarpolitik weit auseinander, befand Volkmär Winkler, SPD. Das hätten nicht zuletzt die vielen Kundgebungen der unterschiedlichen Interessenverbände in Sachsen gezeigt. In einem seien sich aber fast alle einig: Eine Kürzung der Mittel der ersten Säule, darunter der Flächenprämien, lehne man ab. Damit wäre ein Ausschluss bestimmter Betriebsgrößen in Sachsen und eine Umverteilung von Ost nach West verbunden.

Landwirtschaftsminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE, appellierte, nicht in Grabenkämpfen zwischen Ökologie und Ökonomie zu verharren. Es gehe vielmehr um Nachhaltigkeit. Was man an ökologischen Mechanismen in die Förderungen einbaue, müsse echte ökonomische Anreize bieten. Durch Umschichten der Fördermittel weg von direkten Flächensubventionen nehme man den sächsischen Landwirtschaftsbetrieben nichts weg, auch sie könnten Gelder für Umwelt- und Klimamaßnahmen abrufen.

Keine Meinungsfreiheit ohne Widerspruch

Landtagsabgeordnete diskutieren lebhaft die Freiheit der Meinung

// Die erste Aktuelle Debatte der 26. Sitzung des Sächsischen Landtags befasste sich mit dem Thema »Intoleranz entgegentreten – Cancel Culture canceln!« und wurde von der AfD-Fraktion beantragt. //

Kultur des Ausgrenzens

Der Meinungskorridor würde immer mehr verengt, Personen des öffentlichen Lebens würden stummgeschaltet, der Diskurs an den Universitäten reduziere sich, leitete Thomas Kirste, AfD, ein. Cancel Culture sei eine Kultur des Absagens und des Ausgrenzens. Es sei eine Unkultur, der Ausdruck eines linken Modernismus, die auch in Deutschland und in Sachsen Einzug halte. Im Kern gehe es ihr um das Verhindern anderer Meinungen und nicht darum, sich einer Diskussion zu stellen.

Das Thema der sozialen Ächtung sei nicht neu, so Oliver Fritzsche, CDU. Ob das altgriechische Scherbengericht, der Pranger oder die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte, in der zum Boykott von Personen aufgerufen worden sei. Der Vorwurf der Cancel Culture richte sich heute zwar meist gegen

das linke Milieu, sei oft jedoch der Versuch der AfD, Kritik zu generalisieren. Man müsse schon genau schauen, aus welcher Richtung und mit welcher Intention das Thema vorgebracht werde.

Gegen Sprachdiskriminierung

Der Begriff Cancel Culture ersetze zunehmend den Kampfbegriff der Political Correctness, so Sarah Buddeberg, DIE LINKE. Unter dem Deckmantel von Satire und Humor werde der kalkulierte Tabubruch begangen, wer sich dagegen verwahre, würde diffamiert. Sie plädiere daher für eine sensible und diskriminierungsfreie Sprache, bei der Empathie und Menschlichkeit im Zentrum stünden. Sprachsensibilität sei eine wichtige zivilisatorische Errungenschaft.

Die AfD habe die Meinungsfreiheit nicht verstanden, sie verstehe nicht, was demokratische Öffentlichkeit sei, so Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Es entspreche nicht der Realität, dass man in Deutschland nicht mehr seine Meinung sagen dürfe. Oft gehe es den rechten Kreisen nur um Meinungsäußerung ohne Widerspruch. Es gebe aber keine Meinungsfreiheit ohne Widerspruch.

Ein Wesenskern der demokratischen Öffentlichkeit sei eben die angenommene Kritik.

Den Diskurs ermöglichen

Die AfD sei in Deutschland der Motor für Empörung, leitete Hanka Kliese, SPD, ein. Bewusst verdrehe sie Fakten, etwa wenn sie behaupte, die Staatsregierung stehe unserer Demokratie feindlich gegenüber. Die Debatten zum Thema Cancel Culture hätten viel mit Emotionalität und Aggression zu tun, die daraus entstünde, weil eine Gruppe von Menschen sich in ihren Grundrechten eingeschränkt sehe. Man müsse indes die Lebensrealität von Minderheiten anerkennen und so Diskurse ermöglichen.

Für die Regierung sprach die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE. Eine offene Gesellschaft kenne keine staatlichen Hohepriester der Meinungsfindung. Die Meinungsfreiheit finde wiewohl ihre Schranken, etwa dort, wo aus Meinung Beleidigung und aus Kritik Hass erwachse. Die Meinungsfreiheit sei ein wichtiges Grundrecht, aber keine Einladung, Menschen in irgendeiner Form herabzuwürdigen.

// Thomas Kirste // Foto: O. Killig

26. Sitzung des Sächsischen Landtags



www.landtag.sachsen.de

Dr. Daniel Thieme

Eine Frage der Menschlichkeit

DIE LINKE setzt sich für einen befristeten Abschiebestopp ein

26. Sitzung des Sächsischen Landtags

// DIE LINKE beantragte in der Landtagssitzung am 25. März 2021 eine Aktuelle Debatte zum Thema: »Faisal Jahangir aus Meißen ist kein Einzelfall: Humanes Bleiberecht statt Nerven-Poker – Abschiebemoratorium jetzt!«. //

// Frank Richter und Rico Gebhardt // Fotos: O. Killig

Verfahren beschleunigen

Es passiere häufiger, dass gut integrierte Menschen wie Faisal Jahangir irgendwann abgeschoben würden, mahnte Juliane Nagel, DIE LINKE. Es bedürfe daher grundsätzlicher Änderungen, beispielsweise eines Abschiebestopps während der Corona-Pandemie. Für diesen gebe es auch eine gesetzliche Grundlage. Nagel wies zudem auf die Zusammensetzung der sächsischen Härtefallkommission hin und kritisierte, dass die für Entscheidungen notwendige Zweidrittelmehrheit zu hoch sei.

Der Fall Jahangir eigne sich nicht als Begründung für ein Abschiebemoratorium, hielt Rico Anton, CDU, entgegen. Er böte vielmehr Anlass, deutlich gestraffte und schnellere Verfahren in Gang zu bringen. Faisal Jahangir lebe seit fast 13 Jahren noch immer in Deutschland, obwohl er zu keinem Zeitpunkt schutzbedürftig war. Die Gerichte hätten geurteilt, dass er wissentlich über seine Identität getäuscht habe. Für eine mögliche Verfolgung in Pakistan gebe es keine Anhaltspunkte.

Einzelfälle sollen aufrütteln

Sebastian Wippel, AfD, erklärte, dass Faisal Jahangir im Jahr 2008 illegal nach Deutschland eingereist sei. Er habe keinen Pass vorgelegt und keinen Anspruch auf Asyl ge-

habt. Dieser Fall sei keineswegs selten, denn von circa 14 000 ausreisepflichtigen Ausländern in Sachsen hätten 6 000 keinen Pass und würden deswegen geduldet. Es sei aber nicht hinnehmbar, dass sich diese Personen auf Kosten des deutschen Steuerzahlers rechtswidrig in diesem Land aufhielten.

Faisal Jahangir sei kein Einzelfall, stimmte Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE, dem Debattentitel zu. Dennoch seien es genau diese Einzelfälle, die die Gesellschaft wachrüttelten und aufzeigten, dass die Asylpolitik in Deutschland unmenschlich und ungerecht sei. Letztlich helfe nur eine grundlegende Änderung im Asylgesetz und im Aufenthaltsgesetz. Spielräume, um etwas zu bewirken, gebe es jedoch auch in Sachsen und nicht nur auf Bundesebene.

Abschiebestopp unzulässig

Frank Richter, SPD, appellierte an Innenminister Wöllner, eine humanitäre Lösung für Faisal Jahangir zu finden. Er beschäftige sich seit ungefähr anderthalb Jahren intensiv mit diesem Fall. Jahangir und seine Frau hätten ihn oft in seinem Bürgerbüro in Meißen aufgesucht. Eine Identitätstäuschung könne Richter nicht erkennen, sondern lediglich einen Fehler. Auch wenn er sich für einen Verbleib des Mannes einsetze, lehne er einen allgemeinen Abschiebestopp, wie ihn die LINKE fordere, ab.

Das Asylrecht für politisch Verfolgte sei ein hohes Gut, so Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU. Man müsse daher aufpassen, dass es nicht missbraucht werde. Nur so erhalte man die Bereitschaft, Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland aufzunehmen. Mit dem Fall von Faisal Jahangir hätten sich insgesamt sieben Gerichtsurteile beschäftigt, mit dem Ergebnis, dass er vollziehbar ausreisepflichtig sei. Für die Bundesländer gebe es keine Möglichkeit, einen generellen Abschiebestopp zu erlassen.

// Juliane Nagel





// Lucie Hammecke // Foto: O. Killig

26. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die Aktuelle Debatte
 »Frauen in der Corona-Krise –
 gesellschaftliche Rückschritte
 vermeiden und Gleich-
 berechtigung stärken«
 beantragte am 25. März 2021
 die Fraktion BÜNDNISGRÜNE. //

Dr. Daniel Thieme

Keine Rolle rückwärts

BÜNDNISGRÜNE wollen Gleichberechtigung stärken

Pandemie verschärft Probleme

Häusliche Gewalt sei kein neues Problem, aber es habe sich durch die Corona-Pandemie verschärft, so Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE. Als Beleg verwies sie auf die Polizeiliche Kriminalstatistik des Jahres 2020. Andere Studien zeigten, dass Frauen während des Lockdowns, als Kitas und Schulen geschlossen waren, mehr Kinderbetreuungszeiten übernommen hätten. Sollte sich dies verstetigen, hätte das unter anderem negative Auswirkungen auf die Lohngerechtigkeit.

Daniela Kuge, CDU, stimmte ihrer Vorrednerin zu. Existenzsorgen, Quarantäne und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit hätten zu einem deutlichen Anstieg von häuslicher Gewalt geführt. Nach wie vor seien Frauen und Mädchen in Deutschland nicht ausreichend geschützt, man müsse daher das Hilfsnetz weiter ausbauen. Ein Problem gebe es auch mit Prostitution. Frauen, die zuvor schon in der Illegalität arbeiteten, seien in der aktuellen Zeit noch unsichtbarer geworden.

Solidarität statt Identitätspolitik

Die BÜNDNISGRÜNEN verbänden das Krisenthema mit ihren Vorstellungen von Identitäts- und Geschlechterpolitik, warf Martina Jost, AfD, der antragstellenden Fraktion vor. Anstatt Identitätspolitik brauche man vielmehr eine neue Solidarität in der Gesellschaft, wie es kürzlich Wolfgang Thierse gefordert habe. Für die Fälle von Unrecht gegenüber Frauen gebe es Gerichte und Institutionen, die sich um Gleichstellung und Gleichberechtigung kümmern.

Es gehe in der Debatte nicht darum, dass Frauen nicht in der Küche sein dürften, stellte Sarah Buddeberg, DIE LINKE, klar. Auch müssten nicht alle Karriere machen. Vielmehr gehe es darum, dass die Frage nach Familie, Karriere oder beidem eine freie Entscheidung bleibe. Aktuell sei es jedoch eher ein strukturelles Problem. So reduzierten Frauen im Falle von Homeschooling oder der Pflege von Angehörigen eher ihre Erwerbsarbeit, weil sie häufiger das geringere Einkommen hätten.

Strukturelle Ungleichheit

Hanka Kliese, SPD, machte deutlich, dass es unabhängig vom eigenen Erleben in der Gesellschaft immer noch eine strukturelle Ungleichbehandlung von Frauen und Männern gebe. Um daran etwas zu ändern, benötige man jenseits aller politischen Instrumente vor allem die Bereitschaft der Männer, für Erziehungszeiten zu Hause zu bleiben. In der Coronakrise hätten aber vor allem die Frauen häufiger traditionelle Aufgaben wie die Kinderbetreuung übernommen.

Die diskutierten Probleme seien auch über die Coronakrise hinaus noch vorhanden, gab Gleichstellungsministerin Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE, zu bedenken. Man müsse grundsätzlich daran arbeiten, dass Frauenrechte im Fokus blieben. Eine fundamentale Benachteiligung von Frauen zeige sich etwa darin, dass es besser bezahlt werde, ein Auto zu reparieren, als einen Menschen zu pflegen oder Kinder zu betreuen. Die Krise habe gezeigt, welche Berufe wirklich systemrelevant seien.



// Das »Dritte Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen« war das Thema einer Sondersitzung des Sächsischen Landtags am 31. März 2021. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD angenommen. //

Foto: M. Rietschel

27. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Verlässlichkeit für die Kommunen

Landtag beschließt Reform der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen

Gerechte Finanzverteilung

Aus der Sicht von Christian Hartmann, CDU, stärke das neue Finanzausgleichsgesetz das Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Die Regierung habe sich dazu verpflichtet, dass die Kommunen im ländlichen Raum sowie in den Städten ihre Aufgaben zukunftsfest, gemeinwohlorientiert und sozial erfüllen könnten. Zukünftig werde die Finanzverteilung zielgerichteter und gerechter erfolgen. Die Reform begleite ein Ausgleichsmechanismus, der etwaige Verluste kompensiere.

Bereits bei den Verhandlungen zum letzten Finanzausgleichsgesetz im Jahr 2018 habe sich gezeigt, dass es einer Reform bedürfe, führte André Barth, AfD, aus. Hauptkritikpunkt sei es damals gewesen, dass die demografische Entwicklung bei der Mittelverwendung keine Rolle spiele. Der nun angestrebte große Wurf habe sich aber in Luft aufgelöst. Die Entlastung der schwächsten Gemeinden erfolge zulasten von Städten ab 10 000 Einwohnern, die sich häufig im ländlichen Raum befänden.

Unterfinanzierte Kommunen

Die Kommunen in Sachsen seien unterfinanziert, kritisierte Mirko Schultze, DIE LINKE. Das neue Finanzausgleichsgesetz ändere daran nichts, es verteile nur das vorhandene Finanzvolumen um. Man hätte vielmehr die Chance nutzen müssen, ein Post-Corona-Investitionspaket in die Kommunen zu stecken. Allein die Einnahmeverluste auszugleichen sei der falsche Ansatz. Man müsse die Kommunen wieder richtig handlungsfähig machen, und zwar über das Niveau der Vor-Corona-Zeit hinaus.

Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, betonte, man gehe mit dem Gesetz einen unkonventionellen Weg, indem man es heute noch vor der Verabschiedung des Haushalts berate. Die Sondersitzung sei jedoch notwendig, damit die pandemiebedingte Erstattung der Elternbeiträge umgehend auf den Weg komme. Dies biete den Kommunen Sicherheit. In dem vorgelegten Entwurf sei vor allem die Basisfinanzierung hervorzuheben, von der besonders kleinere Gemeinden profitierten.

Funktionierender Schutzschirm

Dirk Panter, SPD, knüpfte an die Worte seiner Vorrednerin an. Generell biete das Gesetz einen guten Regelungsmechanismus, an dem man im Grundsatz festhalten müsse. Man dürfe zudem nicht vergessen, dass 2013 mit dem sogenannten »Schutzschirm für die Kommunen« neben der Schuldenbremse eine weitere wichtige Änderung an der Verfassung erfolgt sei. Dieser habe in Zeiten der Pandemie seine Wirkung gezeigt und biete für die nächsten Jahre Stabilität.

Die Staatsregierung stehe eng an der Seite der Kommunen, unterstrich Finanzminister Hartmut Vorjohann, CDU. Die Spitzenverbände hätten sich als faire Verhandlungspartner erwiesen. Der Schulterschluss sei ein Erfolg, genauso wie das Verhandlungsergebnis an sich. Dennoch hätten einige den Gesetzentwurf zwischenzeitlich als Spielball benutzt, um Einzelinteressen durchzusetzen. Dieses Verhalten habe zu Verunsicherung und Zeitverzug zulasten der Kommunen geführt.

Haushalt und Corona: Parlament im Arbeitsmodus



// Gemeinsame Ausschusssondersitzung zur Corona-Schutz-Verordnung am 29. März 2021 // Foto: S. Füssel

// Nach Einbringung des Haushaltsentwurfs 2021/2022 widmen sich aktuell die Landtagsausschüsse dem umfangreichen Gesetz. Dazu hörten die Abgeordneten zuletzt verschiedene Experten an. Es ging dabei unter anderem um die Auswirkungen der Corona-Pandemie für Sachsen. Für deren Bewältigung hat der Landtag seit dem vergangenen Jahr ein stärkeres Mitsprache- und Informationsrecht durchgesetzt. //

Janina Wackernagel

// Der Doppelhaushalt für die Jahre 2021/2022 ist eingebracht – die vermeintliche Stille in der Öffentlichkeit trägt aber. Das Verfahren bestimmt seit Wochen ganz wesentlich den laufenden Betrieb im Landtag. Wie der Entwurf der Staatsregierung aufgenommen wird und welche Schwerpunkte die Fraktionen noch setzen wollen, kam in den ersten Beratungen bereits zum Ausdruck. //

// Knapp 26 Zentimeter Höhe misst der Papierstapel des Haushaltsentwurfs 2021/2022. // Foto: SLT

Elf Stunden Anhörung für 43 Milliarden Euro

Ausschüsse beraten den aktuellen Haushaltsentwurf



// Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses // Foto: S. Floss

Im Januar hatte – nach zweimaliger Verschiebung der Zeitpläne – die Staatsregierung ihren Entwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 ins Plenum eingebracht. Es folgten in den letzten Januarwochen die Einbringungen der Einzelpläne durch die Staatsministerinnen und -minister in den jeweils zuständigen Fachausschüssen. Eine zentrale Rolle spielt im Haushaltsverfahren naturgemäß der Haushalts- und Finanzausschuss.

Er ist federführend im Verfahren, dort laufen alle Fäden zusammen.

So war es auch der Haushaltsausschuss, in dem die für dieses Haushaltsverfahren zentralen Anhörungen am 25. und 26. Januar 2021 stattfanden. Insgesamt elf Stunden legten Experten ihre Einschätzung zum Haushaltsgesetz (mit seinen 15 Einzelplänen), zum Haushaltsbegleitgesetz sowie zum Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen

Kommunen dar. Der Ausschuss hatte 25 Sachkundige geladen, auch die neun mitberatenden Ausschüsse waren zur Teilnahme aufgefordert. Mithilfe der stark eingespannten Stenografen kamen so insgesamt über 300 Seiten Protokoll zusammen, die im Internet nachzulesen sind (siehe QR-Codes rechte Seite).

AUSGEWÄHLTE SCHWERPUNKTE DER HAUSHALTSBERATUNGEN

- Der Breitbandausbau in Sachsen wird derzeit mit einem komplexen Förderprogramm vorangetrieben. Die Antragstellung wurde wesentlich vereinfacht, sodass die Umsetzung beschleunigt werden kann. Sachsen ist in der Breitbandverfügbarkeit seinen ostdeutschen Nachbarländern voraus. Eine Versorgung mit 1000 Mbit/s erreicht aktuell 42,5 % der Haushalte. Dennoch gibt es viele Regionen, die nur mit bis zu 30 Mbit/s versorgt

sind. Um Lücken zu schließen, wartet man noch auf weitere Förderprogramme. Weniger gut erschlossene Gebiete sollen zumindest an 100 Mbit/s herangeführt werden. Dafür braucht es weitere Investitionen. Nach Wahrnehmung der Kommunen gibt es dabei massive Kostenerhöhungen.

- Zur Strukturentwicklung in den Sächsischen Braunkohleregionen soll ein Fonds aufgelegt werden. Damit wird bessere Transparenz über entsprechende Landes- und Bundesmittel hergestellt. Die Mittel können so außerdem flexibler bewirtschaftet und überdies für mehrjährige Projekte finanziell dargestellt werden. Aus Sicht der Kommunen ist der Strukturwandel eine enorme Herausforderung – zumal Arbeitsplätze nicht einfach direkt finanziert, sondern lediglich die Rand- und Rahmenbedingungen beeinflusst werden dürfen.

- Den traditionell größten Posten im Landeshaushalt stellen die Personalkosten im öffentlichen Dienst dar. Hier wurde vonseiten einiger Sachkundiger eine ehrliche Aufgabekritik angemahnt. Sogleich gab es aber auch Warnungen davor, Personalpolitik nur als Kostenfaktor zu sehen – der Freistaat Sachsen müsse sich schließlich auch als attraktiver Arbeitgeber positionieren, um ausreichend Fachkräfte zu gewinnen.

Unterschiedliche Ansprüche an finanzpolitische Entscheidungen

In den Haushaltsverhandlungen müssen die Abgeordneten versuchen, teils sehr unterschiedlichen Ansprüchen gerecht zu werden. Kein Ressort, keine Berufsgruppe möchte bei den Zuweisungen der nächsten Jahre benachteiligt werden. Und dennoch kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden. Thomas Meyer vom Bund der

Steuerzahler Sachsen bescheinigte den Abgeordneten, dass die solide Haushaltsführung der vergangenen Jahre in der nun schwierigen Pandemielage trotzdem eine gewisse Handlungsfähigkeit ermöglicht. Prof. Dr. Joachim Ragnitz vom ifo Institut Dresden bewertete den Haushaltsplan aufgrund der geplanten Rücklagenentnahmen als nun nicht mehr grundsolide. Der Präsident des Sächsischen Rechnungshofs, Prof. Dr. Karl-Heinz Binus, betonte in der Anhörung, dass es derzeit praktisch keinen Raum für freiwillige Ausgaben gebe und dass sich dieser mittelfristig auch noch verkleinern werde. Er bewertete den Entwurf zum Doppelhaushalt in der vorliegenden Form als noch nicht beschlussfähig. Abschließend regte er die Fraktionen dazu an, für kommende Haushaltsjahre weitergehende Impulse zu setzen, insbesondere um die Staatsregierung mit der Überprüfung des Personalbedarfs sowie der Landesaufgaben zu beauftragen.

Der Geschäftsführer des Sächsischen Landkreistages,



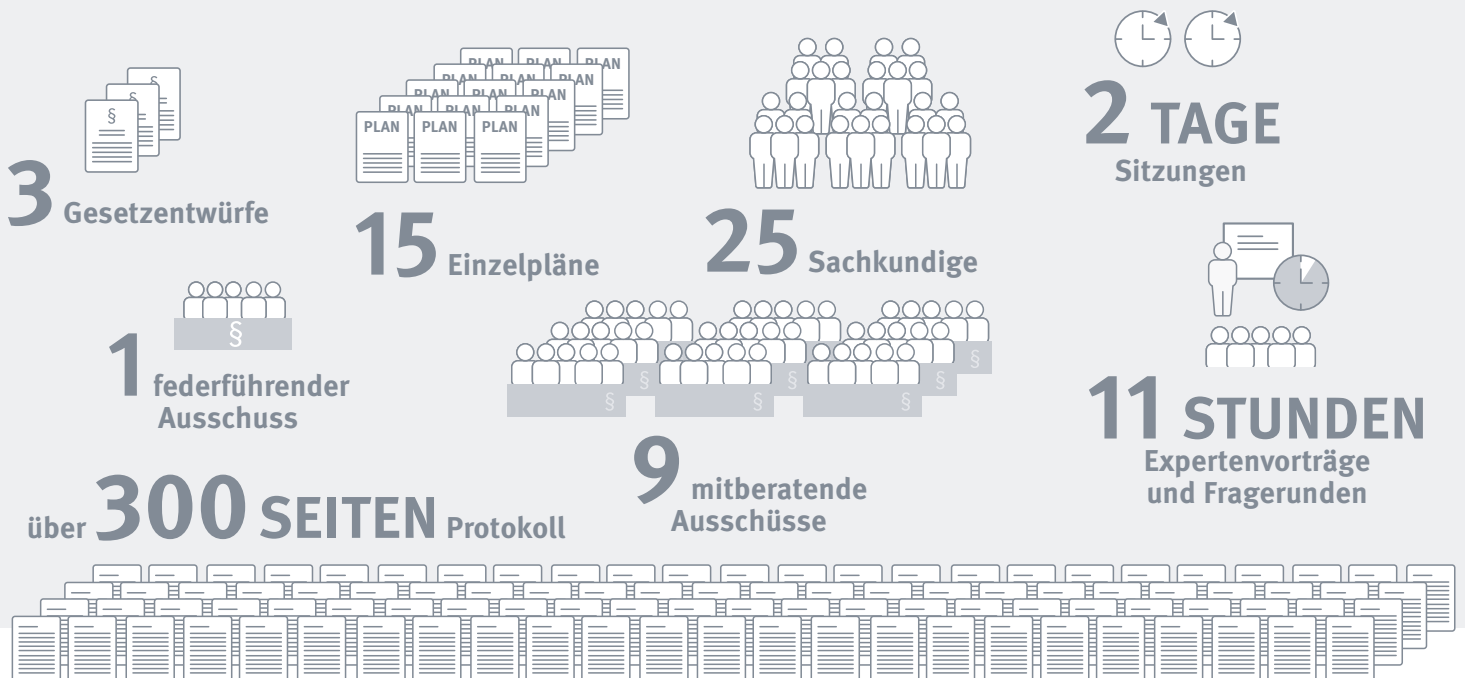
André Jacob, bat als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände um Nachbesserungen. Die Kommunen wünschen sich noch stärkere Investitionen, speziell in den Bereichen Straßenbau, Krankenhäuser, Kita- und Schulhausbau, Kultureinrichtungen und Brandschutz. Er erinnerte daran, dass die kommunale Ebene rund zwei Drittel aller Investitionsaufträge im Freistaat Sachsen verberge.

zuständigen Fachausschüssen vorgesehen. Dabei werden dann auch zahlreiche Änderungsanträge der Fraktionen erwartet. Die Bitten und Ratschläge der geladenen Experten, aber auch verschiedene Eingaben von Verbänden sowie die jeweilige politische Schwerpunktsetzung dürften dann eine große Rolle spielen. Mitte Mai wird es dann eine Klausurwoche des Haushalts- und Finanzausschusses geben, in der alle Änderungen noch einmal in der Gesamtschau bewertet werden. Die Ergebnisse gehen dann in die Endabstimmung ins Plenum.

Alle Wünsche unter einen geschrumpften Hut bringen?

In den kommenden Wochen sind detaillierte Behandlungen aller Einzelpläne in den jeweils

HAUSHALTSGESETZ, HAUSHALTSBEGLEITGESETZ UND GESETZ ZU DEN FINANZBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM FREISTAAT SACHSEN UND SEINEN KOMMUNEN



Das Parlament in der »Stunde der Exekutive«

Die Mitwirkung des Landtags an den Corona-Schutzmaßnahmen



// Sondersitzung des Landtags am 9. April 2020 im Kongresszentrum Dresden // Foto: O. Killig

Pandemiebekämpfung erfordert schnelles und flexibles Handeln

Nicht nur in Deutschland und nicht erst seit Beginn der COVID-19-Pandemie gelten Krisen als »Stunde der Exekutive« oder »Zeit der Macher«, weil es in der Natur einer Krise oder Katastrophe liegt, plötzlich und unerwartet aufzutreten sowie zügiges und entschiedenes Handeln erforderlich zu machen. Die Rechtsgrundlage für alle Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie in Sachsen sind die Corona-Schutz-Verordnungen des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS). Sie stützen sich ihrerseits auf die bundesrechtliche Ermächtigungsnorm in § 32 des Infektionsschutzgesetzes. Demnach ist es die Aufgabe der Landesregierungen, per Rechtsverordnung die nötigen Ge- und Verbote zur Bekämpfung

// Seit über einem Jahr beeinflusst die Covid-19-Pandemie den Alltag der Menschen in Sachsen. Von Anfang an war ein unverzügliches Handeln der Sächsischen Staatsregierung erforderlich. Doch auch der Landtag hat in den Ausschüssen und im Plenum wesentlich daran mitgewirkt, die Lage einzudämmen und die Folgen der Pandemie zu begrenzen. //

übertragbarer Krankheiten zu erlassen.

Rechtsverordnungen gelten allgemein als »öffentlichkeits-scheu«, da sie in Ministerien beraten und von der Staatsregierung beschlossen werden. Dies steht im Gegensatz zur parlamentarischen Gesetzgebung in einem transparenten Verfahren und nach breiter öffentlicher Debatte. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn schon die ersten Corona-Schutz-Verordnungen für die Art und

Weise ihres Entstehens kritisiert wurden – zumal, wenn auf dem »intransparenten« Verordnungsweg Maßnahmen beschlossen werden, die mit Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, Einschränkungen des Versammlungsrechts sowie der Schließung von privaten und öffentlichen Einrichtungen wesentlich in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Ob indes die für die Pandemiebekämpfung nötige Flexibilität und Schnelligkeit im

parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren erreichbar wäre, kann bezweifelt werden.

Landtag ebnete im Frühjahr 2020 den Weg für Kredite

Ungeachtet dessen hat auch der Sächsische Landtag bereits in dieser ersten Phase der Pandemie gehandelt. In seiner Sitzung am 9. April 2020 bewilligte er als Ausnahme vom verfassungsrechtlich verankerten Neuverschuldungsverbot eine Kreditaufnahme in Höhe von maximal sechs Milliarden Euro zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Darüber hinaus wurde gesetzlich festgelegt, dass der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags die Finanzhilfen zur Bewältigung der Pandemie in Sachsen

Foto: S. Füssel



im Einzelnen freigeben muss. Seither hat der Haushaltsausschuss in seinen regulären Sitzungen und zahlreichen Sondersitzungen die Gelder für die notwendigen Maßnahmen bewilligt.

Der Kritik an mangelnder Transparenz und förmlicher Beteiligung des Landtags begegnete die Staatsregierung, indem sie den Abgeordneten frühzeitig zusätzliche Informationsangebote unterbreitete. Neben den regulären mündlichen Berichten der Staatsministerinnen und Staatsminister im Rahmen der Fachausschusssitzungen bot etwa die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt den Obleuten des im Parlament für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung



// Abstimmung über eine stärkere Beteiligung des Landtags in der Corona-Pandemie am 4. November 2020 // Foto: S. Floss



// Ministerpräsident Michael Kretschmer am 16. Dezember 2020 // Foto: S. Floss

federführenden Sozialausschusses regelmäßige gemeinsame Erörterungen zum aktuellen Pandemiegeschehen an. Diese Telefonkonferenzen mit Abgeordneten aller Fraktionen fanden bereits im Frühjahr und finden seit November 2020 wöchentlich statt. Daneben nahmen die Landtagsfraktionen Angebote zu bilateralen Gesprächsrunden an.

Auch das Landtagsplenum selbst beschäftigte sich häufig mit der Covid-19-Pandemie. Dazu fanden Aktuelle Debatten sowie Beratungen und Beschlüsse auf Antrag sämtlicher Fraktionen statt. Zudem gab die Staatsregierung von März 2020

an mehrere Regierungserklärungen zum Thema ab, woran sich regelmäßig eine Aussprache des Landtags anschloss, die die Fraktionen mit ihren Anträgen begleiteten.

Beschlüsse festigen Mitspracherecht des Landtags

In der Zwischenzeit befasste sich der Deutsche Bundestag mit dem 3. Bevölkerungsschutzgesetz, um verfassungsrechtliche Bedenken auszuräumen. Von verschiedenen Seiten war vorgebracht worden, die general-klauselartige Ermächtigung im Infektionsschutzgesetz stütze die in den Rechtsverordnungen der Bundesländer verhängten Maßnahmen nicht mehr ausreichend, je länger die Pandemie andauere. Der Bundestag hat diesen Bedenken am 21. Dezember 2020 durch Präzisierung der Ermächtigungsnorm Rechnung getragen, etwa indem Grenzwerte, Befristungen und Begründungen für Einschränkungen in Corona-Schutz-

Verordnungen der Länder nun bundesgesetzlich vorgegeben sind.

Der Landtag debattierte im Anschluss an eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 4. November 2020 über seine künftige Teilhabe an den Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Er legte fest, die Tagesordnung der Plenarsitzungen um einen ständigen Tagesordnungspunkt »Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie« zu erweitern. Darüber hinaus wurde beschlossen, einen entsprechenden Punkt auf die Tagesordnungen sämtlicher Fachausschüsse zu setzen. Außerdem beschloss das Plenum, ein System für eine frühzeitige Unterrichtung des Landtags vor dem Erlass von Verordnungen und Allgemeinverfügungen der Staatsregierung mit Bezug zur Pandemie zu entwickeln.

Damit ging eine Zäsur einher. Fortan debattierte der Landtag nicht erst nach Erlass einer neuen Verordnung über die getroffenen Maßnahmen. Vielmehr übermittelt die Staatsregierung dem Landtag die ent-

sprechenden Entwürfe seitdem vor deren Erlass. So wurde zum Beispiel der am 23. November 2020 übermittelte Entwurf einer neuen Corona-Schutz-Verordnung in neun Fachausschüssen vorgestellt und beraten. Die Abgeordneten brachten ihre Anregungen und Vorschläge für Verbesserungen ein, die die Vertreter der Staatsregierung in die Schlussredaktion »mitnahmen«, bevor das Kabinett den Erlass der Verordnung am 30. November beschloss.

Dieses Prinzip der vorherigen Ausschusskonsultation wird bis heute praktiziert. Vor Erlass jeder neuen Corona-Schutz-Verordnung leitet die Staatsregierung dem Landtag den Entwurf zu. Die Vorsitzenden der fachlich betroffenen Ausschüsse berufen dann kurzfristig eine Sitzung ein, in der der Entwurf mit den zuständigen Fachministerinnen und -ministern diskutiert wird. Erst danach erlässt die Staatsregierung die Rechtsverordnung. So hat der Landtag die Zügel auch in der »Stunde der Exekutive« weiter fest in der Hand.

LAUFENDE GESETZGEBUNG

Seit der vergangenen Ausgabe gingen keine neuen Gesetzentwürfe ein.

Gesetzentwürfe können Abgeordnete, die Fraktionen, die Staatsregierung oder das Volk in das Parlament einbringen. Bevor ein Gesetz beschlossen wird, muss es verschiedene Stufen des Gesetzgebungs-

verfahrens durchlaufen. Im zuständigen Ausschuss beraten die Politiker intensiv über den Entwurf und Änderungsvorschläge und legen dem Parlament schließlich eine Beschlussempfehlung vor.

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, 7/3920 AfD	Der Freistaat Sachsen sollte mit diesem Gesetz verpflichtet werden, eine dauerhafte zusätzliche Altersversorgung für die ehrenamtlichen Mitglieder der Einsatzabteilungen der freiwilligen Feuerwehren zu schaffen.	abgelehnt
Drittes Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen, 7/4550 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf regelt die Finanzierung der sächsischen Kommunen durch den Freistaat für die kommenden zwei Jahre und damit die Sicherung der kommunalen Finanzausstattung trotz der COVID-19-Pandemie.	angenommen
Gesetz zum Glücksspielstaatsvertrag 2021, 7/4737 Staatsregierung	Mit dem Gesetz erteilt das Landesparlament seine erforderliche Zustimmung zum Staatsvertrag, der das Glücksspielwesen in Deutschland reguliert und fortentwickelt.	angenommen
Sächsisches Ausführungsgesetz zum eID-Karte-Gesetz, 7/5025 Staatsregierung	Das eID-Karte-Gesetz ermöglicht es nicht-deutschen Bürgern der Europäischen Union, in Deutschland eine Karte zum elektronischen Identitätsnachweis zu beantragen und zu nutzen.	angenommen
Gesetz zum Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR), 7/5118 Staatsregierung	Mit dem Gesetz erfolgt die notwendige Zustimmung zum modernisierten MDR-Staatsvertrag, der insbesondere die Zusammensetzung des Rundfunkrates zur Sicherung der Vielfalt und Staatsferne neu gestaltet.	angenommen

Die Übersicht zur laufenden Gesetzgebung stellt alle Gesetzentwürfe dar, die bis zum 25. März 2021 neu in den Sächsischen Landtag eingebracht, beraten oder an die Ausschüsse überwiesen wurden. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene oder abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt.

// Anlässlich des 30. Jubiläums des Sächsischen Landtags erschien eine Festschrift mit Texten, Bildern und Grafiken, die allen Leserinnen und Lesern einen facettenreichen Einblick in drei Jahrzehnte Landesparlament bietet. //



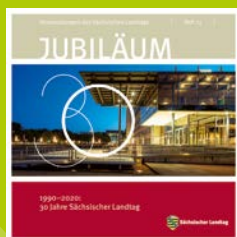
Foto: S. Floss

Dr. Thomas Schubert

1990 – 2020: 30 Jahre Sächsischer Landtag

83 597 Drucksachen, 61 721 Kleine Anfragen, 819 verabschiedete Gesetze, 668 Sitzungen und rund 24 000 behandelte Petitionen, das ist die in Zahlen gegossene Arbeitsbilanz des Parlamentes der Sachsen in den vergangenen 30 Jahren. Am 27. Oktober 1990 konstituierte sich der Sächsische Landtag erstmals wieder nach Jahrzehnten der Diktatur. Für Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler zählt die damalige Zeit zu den großen Augenblicken unserer Geschichte. In der Festschrift zum Landtagsjubiläum hält er fest: »Den Abgeordneten der ersten Stunde gelang damals eine wahre Kraftanstrengung, innerhalb kurzer Zeit etablierten sie in Sachsen neue demokratische Strukturen und Institutionen.«

Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble denkt in der neu erschienenen Dokumentation über die Zukunft der parlamentarischen Demokratie im föderalen Deutschland nach. Er schreibt: »Die parlamentarische Demokratie muss beweisen, dass sie den rasanten Wandel gestalten kann. Die Globalisierung verlangt nicht nur Kompetenzverlagerung nach Brüssel. Oft brauchen wir Antworten, die nahe an der Lebenswirklichkeit der Menschen sind.« Hierbei seien selbstbewusste regionale Volksvertretungen wie der Sächsische Landtag auch in den kommenden Jahrzehnten unentbehrlich.



Die 64-seitige Dokumentation »1990–2020: 30 Jahre Sächsischer Landtag« finden Sie im Internet unter: www.landtag.sachsen.de/publikationen

SIE KÖNNEN DAS HEFT AUCH ALS DRUCKEXEMPLAR BESTELLEN:

Sächsischer Landtag | Tel. 0351 4935-133 | publikation@slt.sachsen.de

Dr. Thomas Schubert

Neue Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



// Dr. Nancy Aris // Foto: S. Floss

// Der Sächsische Landtag wählte auf seiner Sitzung am 24. März 2021 eine neue Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Behörde berät Bürger, öffentliche Stellen, Medien und wissenschaftliche Einrichtungen. //

Auf Vorschlag des Landtagspräsidenten entschied sich das Parlament einstimmig für Dr. Nancy Aris als neue Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (LASD). Die 1970 geborene Historikerin, die den DDR-Unrechtsstaat in vielen ihrer Schriften zum Gegenstand gemacht hat, wirkte seit 2003 als stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte. Der Wechsel an der Spitze der Behörde soll am 1. Mai geschehen. Sie folgt dem bisherigen Beauftragten nach, dem Schriftsteller Lutz Rathenow.

Aufgaben der LASD

Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur berät Bürger, öffentliche Stellen, Medienvertreter und wissenschaftliche Einrichtungen. Die Behörde informiert über das politische System, über Widerstand und Verfolgung in der DDR sowie über die Rolle des Staatssicherheitsdienstes

innerhalb des SED-Staates. Durch eigene Recherchen und Unterstützung anderer befördert die Behörde die historische und politische Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. Die Landesbeauftragte ist zudem Ansprechpartnerin für politisch Verfolgte und ihre Angehörigen und unterstützt sie bei Rehabilitierungs- wie Entschädigungsfragen. Sie hilft bei der Aufklärung von Verfolgungsschicksalen und gibt Auskunft zu Recherchemöglichkeiten in Archiven.

Drei Fragen an die neue Beauftragte

Frau Dr. Aris, wir gratulieren Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl. Was haben Sie sich für Ihre Amtszeit vorgenommen?

Im Amt wird es eine gewisse Kontinuität geben, ich möchte mich aber noch stärker im Bereich der politischen Bildung einbringen.

Dr. Nancy Aris übernimmt ab 1. Mai 2021 die Behördenleitung

Ich denke hier an Zeitzeugen, aber auch an Formate, bei denen Jugendliche selbst aktiv werden. Wichtig sind mir auch die Orte der Erinnerung. Auf dem Kaßberg in Chemnitz sowie im ehemaligen Frauenzuchthaus Hoheneck entstehen Gedenkstätten. Die möchte ich bald mit eröffnen.

Über 30 Jahre nach dem Ende der DDR: Wie wichtig ist eine Behörde wie die des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur?

Viele Opfer der SED-Diktatur brauchen konkrete Hilfe bei ihren Rehabilitierungsbemühungen. Es gibt Fälle, bei denen vieles erst noch aufgeklärt werden muss. Da ist längst nicht alles so klar, wie man meinen würde. Die Reha-Gesetze haben Verbesserungsbedarf, ich sehe mich da als Lobbyistin. Und schließlich muss die SED-Diktatur in der Erinnerungskultur erst noch verankert werden. Dafür ist eine lebendige, aber sachorientierte Vermittlung nötig.

Welche Aufgaben warten in den berühmten ersten 100 Tagen auf Sie?

Ich warte dringend auf die Verabschiedung des Landshaushalts, denn ich möchte so schnell wie möglich die dort ausgewiesenen Stellen besetzen. Die inhaltliche Arbeit erledigen wir derzeit zu zweit. Da brauchen wir dringend Mitarbeiter, die in der Bürgerberatung Anfragen bearbeiten und im Bildungsbereich tätig sind.



Weitere Informationen finden Sie unter:
<https://lasd.landtag.sachsen.de>

VIRTUELLER LANDTAGS KOFFER



Anne-Marie Brade

Ich packe meinen Koffer ...

Virtuelle Themenpakete führen Schüler und Lehrer auf eine Reise durch den Landtag

// »Ich packe meinen Koffer und nehme mit: spannende Videos, unterhaltsame Arbeitsblätter, bunte Infografiken, leckere Lern-Snacks und vieles mehr.« Für Schülerinnen und Schüler, die auf eine Reise durch den Landtag gehen wollen, stehen seit Neuestem sechs fertig gepackte virtuelle Koffer bereit. Auch Lehrkräfte finden in den geschnürten Themenpaketen allerhand Material, das sie im Unterricht einsetzen können. //



Es gibt ganz unterschiedliche Blickwinkel, aus denen man den Landtag betrachten kann: Er hat eine wechselhafte Geschichte, erfüllt verschiedene gesellschaftliche Aufgaben – die sicherlich prägnanteste ist die Gesetzgebung für Sachsen –, er wird alle fünf Jahre demokratisch gewählt und ist der Ort intensiver Arbeit für die politischen Vertreter der Bürgerinnen und Bürger.

Das neue Angebot Virtueller Landtagskoffer bringt zu all diesen Facetten in sechs Stationen Politikwissen übersichtlich auf den Punkt. Um die Reise anzutreten, ist lediglich ein Klick auf die Website des Landtags nötig, wo man unter der Rubrik »Jugend & Politik« nun auch den Landtagskoffer findet. In jedem der sechs bunten Themenkoffer verstecken sich Lern- und Lehrma-



terialien, die den Schülerinnen und Schülern den Landtag näherbringen.

Zum Beispiel findet man hier thematisch geordnet Präsentationsfolien mit fertigen Tafelbildern für den Unterricht. Es gibt Arbeits- und zugehörige Lösungsblätter mit unterschiedlichen Aufgabentypen in verschiedenen Schwierigkeitsgraden zum Ausdrucken. Das Angebot ergänzen Erklärvideos und Grafiken sowie beispielhafte Landtagsunterlagen von Drucksachen bis hin zum Sitzungskalender. Besonders

unterhaltsam und einprägsam vermitteln »Learning-Snacks«, die in keinem Koffer fehlen, das grundlegende Wissen zum Landtag: Im Chat-Dialog mit einem digitalen Landtags-Lehrer ist hier jeder eingeladen, sein Wissen zum Landtag spielerisch zu testen und zu erweitern.

In einem der sechs Koffer ist auch das Planspiel des Landtags zum Selbermachen verpackt. Mit Anleitung, Arbeitsmaterialien und Lehrvideo zum Download ausgestattet, kann nun jeder Lehrer mit seinen Schützlingen in der Schule den Gesetzgebungsprozess im Land Sachsen selbst nachspie-

len, sobald die Pandemielage es wieder erlaubt.

Welche der vielen Angebote in den einzelnen Koffern er nutzt, bleibt dabei jedem Schüler und Lehrer selbst überlassen,



ganz frei nach dem Motto: Alles kann, nichts muss. Also am besten einfach den Koffer aufklappen und stöbern: www.landtag.sachsen.de/koffer





// Auf dem Gelände des Sächsischen Ständehauses, dem Tagungsort der sächsischen Landtage 1907 bis 1933 und heutigen Sitz des Oberlandesgerichts Dresden sowie des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen, standen einst die Palais Brühl und Fürstenberg. In einer historischen Serie rufen wir die einstigen Bauwerke und deren Schicksal an der Brühlschen Terrasse in Erinnerung. //

// Brühlsches Palais, Gartenseite, nach Abriss des Fürstenbergischen Palais, vor 1900 // Foto: Landesamt für Denkmalpflege Sachsen

Martin Schuster

Vom Palais Brühl zum Sächsischen Ständehaus

Teil 4: Der Abriss und Verbleib des Palais Brühl

Durch den Neubau von Ministerialgebäuden auf der Neustädter Elbseite und den damit verbundenen Auszug des Finanzministeriums aus dem Fürstenbergischen Palais im Jahr 1896 verlor der Gebäudekomplex immer mehr an Bedeutung. Das Brühlsche Palais stand schon längere Zeit leer. Somit ergab sich die Möglichkeit einer neuen Nutzung der Häuser oder einer Neubetrachtung des Areals als prominenter Bauplatz. Zudem wurde schon längere Zeit ein neuer Wirkungsort für den sächsischen Landtag gesucht.

Mit den Planungen des neuen Parlamentsgebäudes wurde der Architekt des Berliner Reichstages Paul Wallot beauftragt.¹ Seine ersten Pläne von 1896 sahen einen Abbruch des Fürstenbergischen Palais

und an dessen Stelle einen Neubau vor, der sich stilistisch an das zu erhaltende Brühlsche Palais annähern sollte. Das Treppenhaus, der Festsaal und der Gartensaal sollten erhalten bleiben und in die vorhandene Bausubstanz die Räumlichkeiten der Ersten Kammer des Landtags integriert werden. Der Neubau, der für die Abgeordneten der Zweiten Kammer vorgesehen war, sollte auf den Grundstücken des Fürstenbergischen Palais und des ehemaligen Wohnhauses Knöffel sowie der nordwestlichen Teile des Brühlschen Palais entstehen. Um die Bauten für beide Kammern so weit wie möglich anzugleichen, war eine Spiegelung des Gartensaales vorgesehen. Der Saal des Neubaus entsprach in den Ausmaßen in etwa dem Brühlschen Festsaal.

Die Vertreter der Ersten Kammer, bestehend aus den traditionell überkommenen oberen Ständen – des Adels, der Kirchen und der großen Städte – lehnten Wallots Vorschläge ab, weil sie sich als »Oberhaus« gegenüber

dem »Unterhaus« benachteiligt fühlten. Hierfür brachten sie verschiedene Gründe an, so die Unterbringung in einem Altbau und dessen baulichen Zustand, die Dunkelheit und das ikonografische Programm der Räume,

// Brühlsches Palais, Gartenseite, während des Abrisses des Fürstenbergischen und Teilen des Brühlschen Palais, vor 1900 // Foto: Stadtarchiv Dresden



die Entfernung zum Schlossplatz, aber auch die Nähe zum damaligen Rotlichtviertel in der Kleinen Fischergasse.

Mit der folgenden Genehmigung eines Neubaus durch den sächsischen Landtag am 18. Dezember 1899 war das Schicksal des Brühlschen Palais entschieden. Das Palais Fürstenberg wurde bereits 1897 abgerissen, das Brühlsche Palais im Jahr 1900. Den anderen Bauten auf der Terrasse wurde ein ähnliches Los zuteil. Der Gartenpavillon wurde schon 1872 abgebrochen, die ehemalige Bibliothek 1896/97 vom Hofbaumeister Gustav Fröhlich zu der bis heute als Gebäude erhaltenen Königlichen Sekundogenitur umgebaut. Mit dem Bau der neuen Kunstakademie von Constantin Lipsius von 1887 bis 1894 wurde das Gebäude der Brühlschen Bildergalerie abgerissen. In diesem Kontext verschwand 1885 auch das Brühlsche Theater, das der Freitreppe zwischen dem Albertinum und dem Ausstellungsgebäude der Akademie weichen musste. Die Gartenanlagen mit dem Wasserbassin, dem Delphinbrunnen und dem Gärtnerhaus blieben weitestgehend erhalten. Anstelle des 1759 zerstörten Belvedere entstand 1814 das dritte Belvedere von Christian Friedrich Schuricht und 1842 das vierte von Otto von Wolframsdorff, das bis 1945 bestand.

Vor dem endgültigen Abriss des Brühlschen Palais wurden kunsthistorisch wertvolle Ausstattungstücke auf Betreiben des Begründers der sächsischen Denkmalpflege Cornelius Gurlitt gerettet. Vom österreichischen Gesandten in Dresden wurde Interesse signalisiert, den ehemaligen Festsaal zu erwerben und nach Wien zu überführen. Gurlitt gelang es, dies zu verhindern und sein Dekor stattdessen in die Aula der von 1901 bis 1908 erbauten Kunstgewerbeakademie an der Güntzstraße zu integrieren. Das Deckenge-



// Blick vom Schlossplatz zur Brühlschen Gasse über den Platz des abgetragenen Brühlschen Palais, 1900 // Städtische Galerie Dresden – Kunstsammlung, Museen der Stadt Dresden, Inv.-Nr. 1979/k 323

mälde von Louis de Silvestre wurde mit Hilfe eines neuartigen Verfahrens des Malers, Restaurators und Fotografen Ermenegildo Antonio Donadini abgenommen und an den neuen Standort transportiert, wo es allerdings 1945 bei der Bombardierung Dresdens zusammen mit dem Festsaal zerstört wurde. Als Hauptzugang zum Gebäude der Akademie in der Güntzstraße dient bis heute die erhaltene Eingangstür des Brühlschen Palais; die Treppengeländer fanden im Treppenhaus Verwendung. Der kostbare Stuck des Brühlschen Palais wurde abgenommen und diente der Kunstakademie zu Lehrzwecken.

Mehr als 350 Fragmente davon werden noch heute im Depot der Hochschule für Bildende Künste aufbewahrt.

Im Eingangsbereich des Wallotschen Ständehauses erinnern einzig die beiden Wandbrunnen mit den Meeresgöttern Neptun und Amphitrite aus dem Innenhof und die beiden Skulpturen von Meleager und Flora aus dem Haupttreppenhaus an das Brühlsche Palais. Die Figuren der Weisheit und Wachsamkeit, die ehemals das Eingangsportal an der Augustusstraße flankierten, befinden sich heute innerhalb dieses Gebäudes im ersten Stock am Übergang zur Brühlschen Terrasse.²

Vom ehemaligen Brühlschen Palais an der Augustusstraße bleibt heute nur die Erinnerung. Weder Cornelius Gurlitt noch Paul Wallot haben es vermocht, diesen architektonisch und künstlerisch wertvollen Bau für Dresden zu erhalten. Doch zumindest mit der Fassadengestaltung an der Augustusstraße gelang Wallot eine Reminiszenz an das historische Erscheinungsbild des Vorgängerbaus. Mit Geduld und Aufmerksamkeit zeigen sich dem Interessierten heute noch an vielen Orten Dresdens Spuren der ehemaligen Pracht.

Martin Schuster ist Referent in der Plansammlung des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen.

Die wissenschaftliche Plansammlung des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen verfügt über zahlreiche Architekturzeichnungen zu Brühlschen Bauten in Sachsen. Viele dieser Dokumente sowie andere historische Abbildungen sind 2020 unter dem Titel »Heinrich Graf von Brühl (1700–1763). Bauherr und Mäzen« erstmals veröffentlicht worden.



Landesamt für Denkmalpflege Sachsen (Hrsg.): **Heinrich Graf von Brühl (1700–1763). Bauherr und Mäzen, Arbeitsheft 29** des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen, Dresden 2020, 336 Seiten, 374 Abbildungen. Die Broschüre ist im E. Reinhold Verlag erschienen und käuflich erhältlich (ISBN 978-3-95755-048-4).

1 Vgl. Cornelius Gurlitt: Das Ständehaus und Paul Wallot, in: Erich Haenel (Hrsg.): Hundert Jahre Sächsischer Kunstverein. Jubiläums-Festschrift. Der Grosse Garten, II. Band, Dresden 1928, S. 121–126.

2 Zum Neubau des Ständehauses und zum Verbleib der Inneneinrichtung des ehemaligen Palais Brühl vgl. Marius Winzeler: Das Ständehaus in Dresden von Paul Wallot. Die Baugeschichte eines deutschen Parlamentsgebäudes, in: Landesamt für Denkmalpflege Sachsen (Hrsg.): Denkmalpflege in Sachsen, Jahrbuch 2001, Beucha 2002, S. 5–24, hier S. 15.

SERVICE

Landtagspräsident besucht Karvesper

Am Karsamstag nahm Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner an einer Vesper zum Gedenken an die Opfer der Corona-Pandemie in der Kreuzkirche in Dresden teil. Der Gottesdienst war der Auftakt eines Gedenkens der christlichen Kirchen in Sachsen in Kooperation mit anderen Religionsgemeinschaften. Es steht unter dem Motto »Zeit der Klage – Raum für Hoffnung« und dauert noch bis zum 3. Sonntag nach Ostern an.



Foto: Oelke/ELKS

Online-Führungen ohne Voranmeldung

Der Sächsische Landtag baut sein Angebot an Online-Führungen weiter aus. Im März begaben sich interessierte Bürgerinnen und Bürger erstmals ohne Voranmeldung auf einen virtuellen Rundgang durch den Sächsischen Landtag. In der digitalen Führung bekommen die Gäste anhand von eingeblendeten Grafiken und Filmen ausführlich die Arbeit des Parlaments erläutert und können Fragen stellen. Der nächste Termin für eine offene Onlineführung ist der 9. Mai.



// Digitale Landtagsführung per Videokonferenz // Foto: J. Männel

Dokumentation zur Gedenkveranstaltung erschienen

Mit einer gemeinsamen Veranstaltung gedachten der Sächsische Landtag und die Staatsregierung am 27. Januar 2021 der Opfer des Nationalsozialismus. Künstlerischer Mittelpunkt der diesjährigen Gedenkveranstaltung war das Werk »Quartett für das Ende der Zeit« von Olivier Messiaen. Die Reden von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und Ministerpräsident Michael Kretschmer sowie Informationen zum Musikstück sind jetzt als Publikation erschienen. Sie kann kostenfrei beim Sächsischen Landtag bestellt werden.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshtml



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:
18.05. – 21.05.2021
23.06. – 24.06.2021
21.07. – 22.07.2021
29.09. – 30.09.2021
18.11. – 19.11.2021
21.12. – 22.12.2021

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Der Sächsische Landtag ist für Besucher weiterhin geschlossen. Möglich sind jedoch digitale Führungen per Live-Video-Konferenz, auf Wunsch auch mit Abgeordnetengespräch.

Fragen dazu sowie zu bestehenden Reservierungen beantwortet Ihnen der Besucherdienst unter Telefon 0351 493 5132 oder besucherdienst@slt.sachsen.de

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133,
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Der nächste offene digitale Führungstermin ohne Anmeldung findet am Sonntag, 9. Mai 2021, 18 Uhr, statt.
Zugang:
https://video.openws.de/Besucherdienst_SLT_1

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 01.04.2021

Gastautoren: Wolfgang Rausch (Sächsischer Landtag), Martin Schuster (Landesamt für Denkmalpflege)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.